

Polizeiliche Freiheitsentziehung

Eine Anleitung zum Rechtsschutz
von Ulrike Donat

Hrsg.: RAV, Holtfort-Stiftung und Ermittlungsausschuss Gorleben,
Berlin 2003, Preis: 10,- Euro. Zu finden in der Jura-Bibliothek HU.

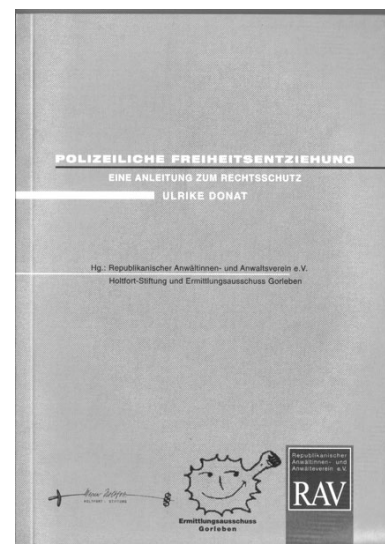
Wie geht mensch mit polizeilichen Eingriffen in Versammlungsfreiheit und Freizügigkeit um? Selbstverständlich nicht einschüchtern lassen, aktiv bleiben, vielleicht sogar den Rechtsweg einschlagen – dass das alles nicht so leicht ist, wissen sowohl die persönlich Betroffenen als auch die juristischen VertreterInnen. Für die Auseinandersetzung jenseits der Straße, nämlich im Gerichtssaal, liefert *Ulrike Donat* einen praktischen Ratgeber, der eine Marktlücke bedient: Tipps für den Rechtsschutz gegen polizeiliche Freiheitsentziehungen, Ausreiseverbote und Meldeauflagen sowie gegen Datensammeln. Und dies nicht aus einer theoretischen und pseudo-neutralen Perspektive, sondern basierend auf praktischen Erfahrungen, u.a. bei Castor-Transporten und Antifa-Demos.

Die Broschüre richtet sich an AnwältInnen und gleichzeitig an „sonstige“ Interessierte. Das ist natürlich eine Herausforderung. An einigen Stellen erscheint die Darstellung für NichtjuristInnen schwer verständlich, für JuristInnen aber trotzdem zu umfanglich. Trotzdem ist der Ansatz, das juristische Herrschaftswissen nicht mehr als solches zu behandeln, sondern interessierte „Laien“ einzubeziehen, absolut zu begrüßen. Die Erfahrung, dass die Anwendung juristischen Wissens zwar deutliche Auswirkungen hat, für die Betroffenen aber kaum adäquat darstellbar ist, zeigt ja gerade einen starken Kritikpunkt unseres „rechtsstaatlichen“

Rechtssystems auf. Auch die Anzahl der nicht universitär-verbildeten Interessierten nimmt im Bereich der politischen AktivistInnen zu.

Inhaltlich liegt der Schwerpunkt auf dem Bereich der Freiheitsentziehung, dabei wiederum auf präventiven Maßnahmen. Ulrike Donat gibt praktische Hinweise, worauf wann besonders zu achten ist und woran es in der Realität am häufigsten hapert. So geht sie z.B. ausführlich auf den bei Massenfestnahmen selten beachteten Richtervorbehalt, Art. 104 II GG, ein, sagt, welches Rechtsmittel in welchem Verfahrensstadium einzulegen ist und welche Fristen zu wahren sind. Leider wurde die §§-Angabe uneinheitlich gehandhabt und manchmal nur die niedersächsische Regelung benannt. Sehr positiv ist dagegen die klare Systematisierung: präventive oder repressive Freiheitsentziehung, Rechtsschutz in welchem Verfahrensstadium? Die gesuchten Informationen sind rasch auffindbar.

Kleiner fällt der Teil zu Ausreiseverboten und Meldeauflagen aus – auf diesem Gebiet gibt es bisher wenig juristische Erfahrung, insbesondere kaum Hauptsacheurteile. Daher müssen sich die Ausführungen auf die Benennung der Eingriffsgrundlagen sowie auf die Darstellung der jeweiligen Grundrechtskonflikte beschränken. Trotzdem sind die Erläuterungen sinnvoll, denn diese Maßnahmen werden sich vermutlich steigender Beliebtheit bei den Polizeibehörden erfreuen – und diese Entwicklung soll-



te nicht abgewartet werden. Das letzte Kapitel enthält einen Überblick über Polizeidateien („Gewalttäter Links“, „Anti-AKW“, „Reisende Gewalttäter“) und den freien, unkontrollierbaren und anlassunabhängigen Informationsfluss zwischen Polizeibehörden. Da eine juristische Handhabung vermutlich ziemlich aussichtslos wäre, muss das Wissen, was wann weitergeleitet und Grund für spätere Polizeimaßnahmen sein kann, genügen.

Den sehr sinnvollen Schluss der Broschüre bilden Musteranträge, die gerade NichtjuristInnen die eigenständige Wahrnehmung ihrer Rechte erleichtern und dabei helfen, dass Gelesene auch anzuwenden.

Negativ fällt – insbesondere bei der Darstellung der Gesetzeslage bei polizeilichen Standardmaßnahmen – die Übernahme vieler juristischer Leerformeln auf. Oft fehlen die entsprechenden Praxisbeispiele, ohne die die Tatbestände abstrakt bleiben. Für Leute, die mit dem Lesen von Gesetzestexten weniger vertraut sind, wäre eine Erläuterung hilfreich gewesen, wie die Gerichte mit schwammigen Tatbeständen – Paradebeispiel „Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ – umgehen. Diesen teilweise rechtsstaatlich-idealistisch anmutenden

Formulierungen entspricht eine engagierte, explizit politische Interpretation der Gesetzeslage. Dadurch wird ein anspruchsvoller Argumentationshaushalt geliefert, der für grundlegende Verfahren sehr sinnvoll ist. Für den juristischen Kleinkrieg (Widerspruch gegen relativ niedriges Bußgeld, kein Instanzenzug) hätte jedoch die Rechtsprechung stärker berücksichtigt werden können. Zwar mag bei Jura alles strittig sein und die Auffassung der Gerichte nur eine von vielen möglichen Interpretationen, aber die durchweg aus einer progressiven Perspektive heraus erläuterte Gesetzeslage entspricht nun mal nicht der Realität, die die Betroffenen vor Gericht zu erwarten haben.

Insgesamt jedoch ein empfehlenswerter Ratgeber für die gerichtliche Auseinandersetzung. Mit analytischen Beobachtungen aus der Praxis und prägnanten Argumenten gegen polizeistaatliche Tendenzen bietet er zugleich einen qualifizierten Beitrag zur rechtspolitischen Diskussion.

Granny Weatherwax

Reise an das Ende der Demokratie

Erfahrungen aus Demonstrationsbeobachtungen

Recht und Praxis der Demonstration, vor allem der politische und polizeiliche Umgang mit dem ausgeübten Grundrecht auf Versammlungsfreiheit sind die wichtigsten und zugleich sensibelsten Indizien des Zustands der Demokratie. Statt der nötigen rechtlichen Verankerung des uneingeschränkten De-

Herausgeber:
Komitee für Grundrechte und Demokratie
ISBN 3-88906-109-5
120 Seiten
Preis: 10 Euro



monstrationsrechts stehen immer neue Einschränkungen dieses Grundrechts zur politischen Debatte und zur polizeilichen Verfügung. Verbote per Allgemeinverfügungen und Überwachung der BürgerInnen kennzeichnen den staatlichen Umgang mit dem Versammlungsrecht.

In der Broschüre trägt das Komitee seine Erfahrungen bei Demonstrationen gegen den Castor-Transport in Gorleben, gegen die Räumung von Wagenburgen in Hamburg und zum 1. Mai in Berlin aus dem letzten Jahr zusammen, an denen sich teilweise auch der *akj-Berlin* beteiligt hatte. Dabei zeigt es aktuelle Tendenzen im Versammlungsrecht auf und nimmt ebenso kritisch wie leidenschaftlich dazu Stellung.

★

Die europäische Konstitution des Neoliberalismus

Für eine demokratische europ. Verfassungsbewegung

Die AutorInnen halten eine Verfassung der EU für unbedingt erforderlich. Den vom Europäischen Konvent vorgelegten Entwurf einer EU-Verfassung kritisieren sie jedoch fundamental. Er entspreche in keiner Wei-



se den Ansprüchen an eine demokratisch europäische Hauptziele werden darin die Freiheiten des Kapitals, der Ware, der Dienstleistung und der Arbeit sichtbar. Sowohl die gemeinsame Militärpolitik als auch die Zusammenarbeit der Polizeien sollen folglich dem Schutz dieser zentralen ökonomischen Interessen dienen. Die Menschenrechte werden nur proklamiert. Verschleiert werden die alltäglichen Menschenrechtsverletzungen, vor allem all derjenigen, die Schutz und Zuflucht suchen. Mit Demokratie hat dieser Entwurf nichts zu tun.

Herausgeber:
Komitee für Grundrechte und Demokratie // Republikanischer Anwälten- und Anwälteverein

AutorInnen:
Heiner Busch, Wolf Dieter Narr, Elke Steven

ISBN 3-88906-108-7
140 Seiten
Preis: 10 Euro

★